

beraten und beschlossen

Aktuelles aus der Landessynode

VI. Tagung der 26. Landessynode der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers
18. bis 21. Mai 2022

Die Frage nach „dem Eigentlichen“ hilft nicht weiter #Kirche2030: Jugendsynode zur Zukunft der Kirche

„Tradition ist nicht die Anbetung der Asche, sondern die Weitergabe des Feuers.“ Dieses Zitat, wohl fälschlicherweise Gustav Mahler zugeschrieben, stand am Ende einer Podiumsdiskussion, zu der die Mitglieder der Landessynode an ihrem dritten Sitzungstag mit einer gleich großen Zahl von Jugenddelegierten im Rahmen einer Jugendsynode in der Neustädter Hof- und Stadtkirche zusammenkamen. „#Kirche2030.Bunt.Mutig.Klar.“ lautete das Motto dieser zweiten Jugendsynode in der hannoverschen Landeskirche, und genau diese drei Begriffe bildeten auch den Roten Faden durch die Podiumsdiskussion zur Eröffnung.

Was fehlt uns eigentlich, um als evangelische Christinnen und Christen mutig unser Anliegen zu vertreten? Diese Frage stellte Moderator Marvin Meinold an Kristin Schneider, Mitglied der Landesjugendkammer und des Kirchenkreisjugendkonvents Wolfsburg-Wittingen, an Ruth Schulze Gerleve, Religionslehrerin an einer Berufsschule in Zeven, und an Prof. Dr. Marcell Saß, Professor für Praktische Theologie und Religionspädagogik in Marburg.

In den Schulen fehle es vor allem an personellen Ressourcen für einen engagierten Religionsunterricht, stellte Schulze Gerleve fest: „Wir brauchen mehr coole Leute, die die Jugendlichen mitnehmen, wir müssen Stellen für den Religionsunterricht ausschreiben.“ Ähnlich sehe es in Kirchengemeinden und -kreisen aus, ergänzte Kristin Schneider: „Wir haben super-coole Ehrenamtliche, aber die können nicht



Delegierte der Landessynode und der Jugendsynode kamen in der Neustädter Hof- und Stadtkirche zu Podiumsdiskussion und Workshops zusammen.

alles reißen. Nur da, wo es auch Berufliche gibt, findet Jugendarbeit statt.“

Eher ausgebremst würden Mut und Engagement durch die immer wieder gestellte Frage nach „dem Eigentlichen“ der evangelischen Kirche, stellte Saß fest. Viel wirkungsvoller sei es da, einfach mal das in den Blick zu nehmen, was z.B. bei den vielen Confi-Camps so richtig gut laufe. Er sei zuversichtlich, dass das gelingen und mehr Mut entfachen könne, erklärte Saß mit Blick auf die Reformation: „Eigentlich können wir Krise und es ist super evangelisch, zu sagen, wir ändern was.“ *Weiter auf Seite 2*

Aus dem Inhalt

Gegen jede Form von
Diskriminierung Seite 2

Lernen, dass Migration
Alltag ist Seite 3

Klimaschutzbilanz
ist ernüchternd Seite 8



EVANGELISCH-LUTHERISCHE
LANDESKIRCHE HANNOVERS

Konkrete Forderungen für die Zukunft der Kirche

Gemeinsame Workshops von Jugend- und Landessynode

Fortsetzung von Seite 1

Ungeachtet seiner Zuversicht hob Saß auch hervor, dass der notwendige Transformationsprozess der Kirche erheblich sei: „Unsere Logik einer staatsähnlichen Organisation wird sich wandeln müssen zu der einer Non-governmental Organisation. Es geht um einen Haltungswchsel: Wenn wir uns ständig wie eine Behörde präsentieren, ist das für die Menschen anstrengend.“

Entscheidend für den Zugang zu jungen Menschen seien die Herstellung einer persönlichen Beziehung und der Umgang mit Zweifeln, stellte das Podium fest: Der Zweifel am Glauben und an der Kirche sei wohl bei jedem Menschen vorhanden; was fehle, seien seine Beachtung und Ideen für den produktiven Umgang mit dem Zweifel.

Unter dem Stichwort „Klar“ stellte das Podium fest, dass die evangelische Kirche ein Marketing-Problem habe: Jungen Menschen sei nur selten bewusst, dass sich Kirche weit über die Kirchenmauern hinaus engagiere und z.B. in Organisationen wie „Brot für die Welt“ oder der Diakonie-Katastrophenhilfe große Wirkung entfalte, stellte Ruth Schulze Gerleve fest. Auch gut gemachte Merchandising-Produkte mit Botschaften zur Gemeinschaft und zum Glauben könnten helfen.

Saß identifizierte den Konfirmand*innenunterricht als entscheidenden Punkt für den Kontakt mit der Kirche – wenn er denn gut gemacht sei. Mit Blick auf die Verpflichtung zum Besuch einer bestimmten Anzahl von Gottesdiensten fällte er allerdings ein vernichtendes Urteil: „Es ist eine eigentümliche Vorstellung, junge Menschen zu etwas zu zwingen, wovon sie später freiwillig sagen sollen, das ist toll und ich bleib' dabei.“

Im Anschluss an das Podium arbeiteten die Delegierten aus Jugend- und Landessynode gemeinsam in zwölf Workshops zu Zukunftsthemen: Vernetzung im Sozialraum, Spiritualität, Digitalisierung, Ehrenamt, Kirche als

Arbeitgeberin, alternative Gemeindeformen, Geschlechtervielfalt, Ökumene und Kulturarbeit lauteten einige der Überschriften. Die Ergebnisse der Gruppenarbeit wurden dem Plenum schließlich in Form konkreter Forderungen vorgestellt: So solle es ein professionelles Sozialraum-Management geben, neue Formen von Gottesdiensten an neuen Orten, die Anerkennung digitaler spiritueller Formate, neue und offene Formen der Kirchenmitgliedschaft sowie flexible Gemeindeformen, mehr Freiraum für ehrenamtliches Engagement, Unterstützung für mehr Nachhaltigkeit, ein gemeinsames Grundstudium für alle Berufe mit Verkündigungsaufgaben, „klare Kante“ gegen Intoleranz und Diskriminierung.

Auf Antrag von Christian Berndt

(Sprengel Lüneburg) beschloss die Landessynode noch am Abend, die Arbeitsergebnisse in allen Ausschüssen weiter zu bearbeiten.



Britta Mutzke hielt mithilfe des Graphic Recording Stimmung und Arbeitsergebnisse der Workshops fest.

Gegen jede Form von Diskriminierung

Im Anschluss an die gemeinsame Sitzung von Landessynode und Jugendsynode folgten Sophie Kellner, Vorsitzende der Landesjugendkammer, und Wencke Breyer, Vizepräsidentin der Landessynode, als Tagungsleitung einem in der Sitzung geäußerten Wunsch und veröffentlichten gemeinsam mit Landesbischof Ralf Meister ein Statement der Landeskirche gegen jede Diskriminierung von Menschen aus der LGBTQIA+-Community mit folgendem Wortlaut.

„Wir stellen uns klar und eindeutig gegen jede Form von Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit, wie es die Jugendsynode eindrucksvoll gefordert hat. Die Verfassung unserer Landeskirche bezieht klar Stellung: Die Landeskirche fördert ein Zusammenleben in Vielfalt und die Gleichstellung von

Menschen jeden Geschlechts. Sie wendet sich gegen jede Form von Diskriminierung und setzt sich für gleichberechtigte Teilhabe am kirchlichen und gesellschaftlichen Leben ein. (Artikel 2, Absatz 3)

Für uns ist eindeutig: Alle Menschen, aller geschlechtlichen Identitäten und vielfältiger sexuelle Orientierungen sind in der Kirche willkommen. Unsere Kirche soll noch mehr als bisher ein Ort sein, an dem sich alle Menschen zu jeder Zeit akzeptiert, sicher und zu Hause fühlen können.

Der Impuls aus der Jugendsynode erinnert uns, dass wir noch nicht genug getan haben. Wir müssen konsequent weiter daran arbeiten, diejenigen zu stärken und willkommen zu heißen, die sich bisher in unserer Kirche nicht zu Hause fühlen.“

„Wir müssen lernen, dass Migration Alltag ist“ Zwei-Klassen-Gesellschaft unter Geflüchteten bereitet Sorgen

„5,7 Millionen Menschen sind aufgrund des Krieges aus der Ukraine geflohen; 7,7 Millionen Menschen sind innerhalb des Landes auf der Flucht. 15,5 Millionen Menschen sind auf humanitäre Hilfe angewiesen.“ Es waren bedrückende Zahlen, mit denen Oberlandeskirchenrat Hans-Joachim Lenke, Vorstandssprecher des Diakonischen Werkes in Niedersachsen (DWiN), seinen Bericht zum Krieg in der Ukraine einleitete. 54.000 Menschen aus der Ukraine, ganz überwiegend Frauen und Kinder, hätten bislang in Niedersachsen Aufnahme gefunden, so Lenke weiter; viele andere, vor allem alte, kranke und behinderte Menschen, lebten in fatalen Verhältnissen weiterhin in der Ukraine.

Lenke forderte die Mitglieder der Landessynode dazu auf, um Spenden für die Diakonie-Katastrophenhilfe zu werben, damit mit diesem Geld das wirklich Notwendige getan werden könne. Er äußerte Dankbarkeit für die „unglaubliche Hilfe“ für Geflüchtete, die in Kirchengemeinden und Kommunen geleistet werde: „Da hat vieles gut geklappt.“

„Wir müssen lernen, dass Migration Alltag geworden ist“, hob Lenke hervor. Sorgen bereite ihm, dass sich unter Geflüchteten zunehmend eine Zwei-Klassen-Gesellschaft herausbilde, in der Menschen aus der Ukraine deut-

lich mehr Unterstützung erhielten als Geflüchtete aus Afghanistan oder Syrien: „Dem müssen wir als Kirche entgegensteuern.“

Auch Dr. Karin Köhler (Sprengel Hildesheim-Göttingen) mahnte eindringlich, die Partner*innen im Globalen Süden nicht zu vergessen und auch für sie weiterhin zu spenden: „Den Menschen dort geht es durch diesen Krieg noch einmal deutlich schlechter.“

Um die Situation geflüchteter Menschen zu verbessern und darüber hinaus nicht großes Potenzial ungenutzt zu lassen, forderte Lenke Runde Tische in den Kommunen, die zügigere Bearbeitung von Aufenthaltstiteln, eine schnellere Anerkennung von Berufsabschlüssen und für Geflüchtete offene Gemeindehäuser. Gleichzeitig sollte aber auch die Entscheidung evangelischer Kindertagesstätten gegen die Aufnahme eines 26. Kindes je Gruppe akzeptiert werden.

Auf Antrag von Ute Szameitat (Sprengel Lüneburg) beauftragte die



Dr. Karin Köhler forderte die Synodalen auf, die Menschen im Globalen Süden nicht zu vergessen.

Landessynode den Diakonie- und den Finanzausschuss zu prüfen, wie die Finanzierung evangelischer Kindertagesstätten und ihr religionspädagogisches Profil zukunftssicher gestaltet werden könnten. Norbert Wolf (Sprengel Stade) wünschte sich eine intensivere Begleitung von ehrenamtlichen Helfer*innen in der Arbeit mit Geflüchteten durch beruflich Tätige.

„Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein“

Parallel zur Tagung der Landessynode kamen Mitglieder aus beiden Synodalgruppen in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe zusammen, um ein Wort der Landessynode zum Krieg in der Ukraine auf den Weg zu bringen. Einstimmig verabschiedeten die Synodalen im Anschluss den folgenden Wortlaut, den Cordula Schmid-Waßmuth (Sprengel Hannover) in Form eines Urantrages eingebracht hatte.

„Wir verurteilen den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine. Wir sind

entsetzt über die damit einhergehenden Kriegsverbrechen. Wir stellen uns an die Seite der ukrainischen Bevölkerung und derer in Russland, die sich für den Frieden einsetzen. Wir beklagen das menschliche Leid, das durch den Krieg entsteht. Wir ringen um den richtigen Weg zum gerechten Frieden. Und wir halten fest: ‚Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein.‘ Dieses Wort von Kirchen aus der ganzen Welt aus dem Jahr 1948 hat seine Gültigkeit bis heute nicht verloren.

Wir nehmen ein sehr vielfältiges Engagement in den Kirchengemeinden und Kirchenkreisen, Einrichtungen und Diensten der hannoverschen Landeskirche für Geflüchtete aus der Ukraine wahr. Dafür sind wir sehr dankbar. Wir beten für die, die sich einbringen, dass sie einen langen Atem bewahren. (...) Wir denken darüber hinaus an die Menschen im globalen Süden, die ebenfalls unter den Folgen des Krieges leiden. Wir glauben weiterhin, dass ein gerechter Frieden möglich ist.“

„Wir müssen Brücken der Kommunikation bauen“ Haushaltsplus von 68,5 Millionen Euro / Stärkung der freien Rücklage

Mit 29 Unterpunkten war es der bislang umfangreichste Bericht des Landessynodalausschusses (LSA), den der Vorsitzende Jörn Surborg (Sprengel Hildesheim-Göttingen) am Nachmittag des ersten Sitzungstages mit dem Aktenstück Nr. 3 F einbrachte. Unter dem Stichwort „Zeitenwende“ ging Surborg zunächst auf eine Veränderung ein, die das Zusammenleben in der Gesellschaft zunehmend präge: „Uns geht die Kommunikationsfähigkeit verloren. Wir kommunizieren keineswegs weniger, aber die Defizite in der gegenseitigen Wahrnehmung wachsen.“ Kommuniziert werde zunehmend mit einem Ausrufezeichen auf der Appell-Ebene und in der Erwartung von Zustimmung: „Wenn es schlecht läuft, ist das der Anfang vom Ende der Kommunikation.“ Begonnen habe die Abkehr vom wirklichen Austausch und der gegenseitigen Wahrnehmung in der Corona-Pandemie; nun erfahre sie durch den Krieg in der Ukraine eine weitere Zuspitzung. „Warum dieses Nicht-zuhören-Können oder -Wollen?“, fragte der LSA-Vorsitzende und benannte es als Aufgabe der Kirche, am Bau von Brücken für die Kommunikation mitzuarbeiten.

In seinen Ausführungen ging Surborg weiter auf den Prüfbericht des Oberrechnungsamtes der EKD (ORA) zum landeskirchlichen Jahresabschluss 2020 ein. Der Bericht habe bemängelt, dass die Vermögenslage der Landeskirche in der Schlussbilanz falsch dargestellt worden sei, indem das Reinvermögen um ca. 198,57 Millionen Euro zu hoch ausgewiesen und in gleicher Höhe ein „nicht durch Reinvermögen gedeckter Fehlbetrag“ auf der Aktivseite der Bilanz ausgewiesen wurde. Auf Bitte des LSA habe das Landeskirchenamt die im Prüfbericht geforderte Bilanzberichtigung vorgenommen; daraufhin habe der Ausschuss die notwendige Entlastung erteilt.

Der Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2021 weise Erträge in Höhe

von 678,8 Millionen Euro aus, stellte der LSA-Vorsitzende im nächsten Punkt seines Berichtes fest – etwa 47 Millionen mehr, als zunächst geplant. Da auch die Aufwendungen um rund 32,3 Millionen unter den geplanten Ausgaben geblieben seien, ergebe sich ein Haushaltsplus von rund 68,5 Millionen Euro. Gründe dafür seien die unerwartet schnelle Konjunkturerholung, geringere Ausgaben als erwartet bei den Personalausgaben und bei Veranstaltungen sowie die positive Entwicklung der Aktienkurse.

Abweichend vom Vorschlag des Landeskirchenamtes zur Verwendung des Überschusses hatte der LSA beschlossen, keine Mittel in die Gebäuderücklage zu überführen. „Es bestehen erhebliche Bedenken gegenüber großen Bauvorhaben“, so Surborg. Das tatsächlich für Baumaßnahmen einzuplanende Finanzvolumen könne aktuell nicht ansatzweise beziffert werden, folglich sei es auch nicht sinnvoll, hierfür Rücklagen anzulegen. In Abstimmung mit dem Finanzausschuss habe der LSA vielmehr beschlossen, insgesamt 15 Millionen in die allgemeine Rücklage fließen zu lassen; der Risikorücklage werden fünf Millionen zugeführt. Für die Verringerung des sogenannten Verlustvortrages werden 12,3 Millionen eingesetzt. „Dieser Beschluss ist richtig, weil wir in guten Jahren in die Rückführung der Verpflichtungen einsteigen müssen“, erklärte Surborg vor dem Hintergrund der erwarteten sinkenden Kirchensteuereinnahmen.

In seinem Bericht ging Surborg auch



Jörn Surborg brachte den Bericht des LSA ein.

auf die vom Landeskirchenamt in den Stellenplan eingesetzten zusätzlichen zehn Planstellen ein. Ohne Vorbehalte habe der LSA der Einstellung einer/eines Beauftragten für den Deutschen Evangelischen Kirchentag 2025 in Hannover sowie einer Fachkraft für die Aufarbeitung von Fällen sexualisierter Gewalt zugestimmt. Die Zustimmung zur Aufnahme weiterer acht Stellen in den Stellenplan sei mit der Erwartung verknüpft worden, dass diese Stellen bis Ende 2025 im Zuge der Verwaltungsreform an anderer Stelle kompensiert würden.

Große Anerkennung äußerte der LSA-Vorsitzende gegenüber der Arbeit, die in der Fachstelle zur Prävention Sexualisierter Gewalt geleistet wird: „Die Arbeit gegen diese Verbrechen gegen die Würde und Selbstbestimmtheit von Menschen hat viel Fahrt aufgenommen, sicher auch aufgrund der neuen Personalausstattung.“ Surborg ging insbesondere auf die neu gestaltete und hochinformativere Homepage, auf das überzeugende Konzept und die Vielzahl von Schulungen in der Fläche ein. „Wir werden beobachten, ob es weiterer Unterstützung bedarf“, schloss er seinen Bericht.

„Lasst uns endlich die Taue kappen“

Aussprache zum LSA-Bericht: mehr Tempo für Reformen

„Wir stehen nicht für eine Kirche, die sich so sehr mit ihren eigenen Strukturen beschäftigt. Ich bitte und bete, dass wir die Kraft haben, einen großen Schritt zur Seite zu treten – lasst uns endlich die Taue kappen, mit denen wir uns selber gefesselt haben.“

Mit einem eindringlichen Appell an die Mitglieder der Landessynode und alle kirchenleitenden Organe äußerte sich Rainer Müller-Brandes (Sprengel Hannover) in der Aussprache zum LSA-Bericht. In Form von drei Anträgen konkretisierte er seine Forderungen: Das Landeskirchenamt möge gemeinsam mit Rechtsausschuss und Planungsausschuss der Landessynode prüfen, wie die Zahl der Rechtsträger auf Kirchenkreisebene deutlich verringert werden könne; es solle zudem auch prüfen, wie die angestrebte Verwaltungsreform deutlich vor 2027 erfolgen könne – Letzteres hatten auch 17 Kirchenkreise in gleichlautenden Anträgen gefordert. Schließlich beantragte Müller-Brandes auch die Eingliederung der Reform in den Zukunftsprozess.

Allen drei Anträgen stimmte die Landessynode zu. Sebastian Kühl (Sprengel Hannover) bezeichnete den Appell des Stadtsuperintendenten als wegweisend, seine Anträge als die wahrscheinlich wichtigsten dieser Tagung.

Nina Hollung (Sprengel Lüneburg) forderte in ihrem Antrag, die Fundraising-Abteilung im Haus kirchlicher Dienste damit zu beauftragen, ein Fundraising-Konzept für die gesamte Landeskirche zu erarbeiten. „Wir können dem Trend zu immer weniger finanziellen Ressourcen durch gezieltes Fundraising entgegenzutreten“, betonte sie und verwies darüber hinaus auf den Zusammenhang zwischen Fundraising-Projekten und großem Engagement von ehrenamtlich und beruflich Tätigen in den Gemeinden. Die Landessynode beschloss auch diesen Antrag.

Friedo Hansen (Sprengel Lüneburg) griff die im Aktenstück Nr. 3 F thematisierte Projektidee „Kirchencampus Neustädter Markt“ kritisch auf und erhielt Unterstützung von Christine Lührs (Sprengel Osnabrück): „Alle Kir-

chengemeinden müssen sparen und die Landeskirche baut sich ein neues Kirchenamt – das geht nicht“, betonte sie. Ruth Scheffler-Hitzegrad (Sprengel Stade) äußerte die Befürchtung, dass die ins Auge gefasste Planungssumme von 1,5 Millionen Euro in den Sachzwang münde, tatsächlich bauen zu müssen, damit das Geld nicht vergeblich ausgegeben wurde.

Jörn Surborg bemühte sich, diese Sorgen zu zerstreuen: Es gebe das günstig gelegene Grundstück zwischen Neustädter Kirche und Archivstraße und die Stadt Hannover habe signalisiert, einer Bebauung zuzustimmen. Es gehe aber nicht um den Neubau eines Kirchenamtes, sondern um ein Gebäude mit Mehrfachnutzung, in dem unter anderem Co-Working-Spaces und ein Saal für die Landessynode Platz finden könnten. „Wir wären mit dem Klammerbeutel gepudert, wenn wir das nicht ergebnisoffen prüfen würden“, so der LSA-Vorsitzende. Ergebnisse dieser Prüfung würden für den kommenden Herbst erwartet.

Ein gutes Team für den Zukunftsprozess

Sie sollen den Zukunftsprozess, den die Landessynode während ihrer Tagung im November 2021 aufs Gleis setzte, gestalten: In einem Kurzfilm mit der norddeutschen Quasselstrippe Werner Momsen und ganz persönlich stellte sich das „ZP-Team“ der hannoverschen Landeskirche, also diejenigen, die hauptamtlich für den Prozess verantwortlich sein werden, der Landessynode vor. Regionalbischof Friedrich Selter (Sprengel Osnabrück) und Christine Rinne (Sprengel Hannover) berichteten zudem als Vorsitzender und stellvertretende Vorsitzende des Koordinierungsrates gemeinsam über den Stand des Prozesses.

„Wir sind ein gutes Team geworden“, betonte Selter; die Zusammenarbeit im Koordinierungsrat funktioniere auf Augenhöhe und sei geprägt von Transparenz und gegenseitigem Vertrauen.

Weiter auf Seite 6



Das Zukunfts-Prozess-Team um Prof. Dr. Hanns-Stephan Haas (Mitte) stellte sich der Landessynode vor.

„Wir dürfen jetzt nichts wegdelegieren“

Zukunftsprozess soll mit viel Beteiligung gestaltet werden

Fortsetzung von Seite 5

Dem fünfköpfigen ZP-Team bescheinigte der Vorsitzende des Koordinierungsrates kluge Beobachtung, dektivistischen Spürsinn, frischen Mut, Offenheit und Neugierde, dabei auch die Fähigkeit, die Grenzen des Machbaren zu erkennen.

Christine Rinne betonte die gewollten und sich entwickelnden Schnittstellen zwischen den bestehenden Transformationsprozessen und dem Zukunftsprozess. Eine Internet-Plattform zur Information, zum Austausch und zur Vernetzung werde gegen Ende des Sommers nutzbar sein; in den Kirchenkreisen seien Kontaktpersonen mit Brückenfunktion zum Zukunftsprozess angestrebt. Sie hoffe,

in der Tagung der Landessynode im November erste Ergebnisse und einen Zwischenstand vorstellen zu können. An die Synodalen richtete sie die Bitte, mit dem ZP-Team ins Gespräch zu gehen: „Schreiben Sie oder suchen Sie das persönliche Gespräch.“

In der Aussprache forderte Jörn Surborg (Sprengel Hildesheim-Göttingen), dass aus der Landessynode heraus die Zukunftsfragen gestellt werden müssten: „Wir dürfen jetzt nichts wegdelegieren und uns zurücklehnen.“ Er wünsche sich einen transparenten Prozess, der auf viel Beteiligung angelegt sei; die entscheidende Ebene für das Gelingen sei die Ebene der Kirchenkreise, -gemeinden und Einrichtungen.

Auf Antrag von Stephan Preuß (Sprengel Osnabrück) beauftragte die Landessynode den Ausschuss für Kirchenmusik und Kultur, innerhalb des Zukunftsprozesses einen Erkundungsworkshop zur Kirchenmusik zu initiieren. Weiterhin solle geprüft werden, ob die sogenannten KW-Vermerke, also der Verweis auf ein mögliches Auslaufen der landeskirchlichen Stellen in der Kirchenmusik ausgesetzt werden könne. Auf Antrag von Christine Lührs (Sprengel Osnabrück) wurden der Ausschuss für Theologie und Kirche und das ZP-Team gebeten, Ideen für neue Finanzierungsmöglichkeiten und neue Formen der Mitgliedschaft in Kirche zu entwickeln.

Wählbar schon ab 16 Jahren

Neues Kirchenvorstandswahlrecht: flexibler und einfacher

Im November 2021 hatte die Landessynode einen vom Landeskirchenamt vorgelegten Entwurf zur Neuregelung des Kirchenvorstandswahlrechtes zur Beratung in den Planungsausschuss sowie den Rechts- und den Jugendausschuss überwiesen. In ihren Beratungen identifizierten die Ausschüsse insbesondere drei Punkte, die intensiv diskutiert wurden: die Option einer dreijährigen Amtszeit im Kirchenvorstand (KV), die Wählbarkeit bereits ab 16 Jahren sowie das Verbot der gleichzeitigen Mitgliedschaft von Familienangehörigen in einem KV.

Nach intensiven Beratungen brachte nun der Vorsitzende des Planungsausschusses, Dr. Fritz Hasselhorn (Sprengel Osnabrück), die Aktenstücke Nr. 16 C und Nr. 16 D ein. Insbesondere die Frage nach der Mitgliedschaft von Familienangehörigen sei in den Ausschüssen kontrovers diskutiert worden, stellte er fest; auf beiden Seiten habe es gute Argumente gegeben.

Tatsächlich entzündete sich an diesem Punkt eine Diskussion unter den Synodalen: „Viele empfinden dieses Verbot als einengend“, erklärte Ralph Scheferling (Sprengel Hannover). Auch das staatliche Recht kenne eine solche Regelung nicht; darüber hinaus gebe es in den Kirchenvorständen Mitwirkungsverbote, die ausreichend seien. Anders argumentierte Bernd Rossi (Sprengel Hildesheim-Göttingen): Er trete vehement dafür ein, das Verbot im Gesetz zu belassen. „Es dient dem Schutz der Familien: Durch die rechtliche Regelung kann gar nicht erst die Gefahr entstehen, in ein schlechtes Licht gerückt zu werden.“ Die Landessynode folgte Rossis Argumentation nicht: Mit knapper Mehrheit stimmte sie dem Antrag von Johannes Klapper (Sprengel Lüneburg) zu, den „Familienparagrafen“ aus dem Gesetz zu streichen.

Klare Zustimmung gab es für weitere Neuregelungen im Gesetzentwurf: die zentrale Briefwahl mit der Möglich-

keit zur Online-Wahl, die Wählbarkeit junger Menschen ab 16 Jahren, flexiblere Möglichkeiten zur Berufung von Mitgliedern sowie die Pflicht, mindestens ein Mitglied unter 27 Jahren zu berufen, sollte nicht bereits ein junger Mensch in den KV gewählt worden sein. Auf Antrag von Torben Salm (Sprengel Hildesheim-Göttingen) bekommt darüber hinaus ein Gremium der Evangelischen Jugend das Vorschlagsrecht für die Nachberufung.

Auf Antrag von Marie Kleinhans (Sprengel Hildesheim-Göttingen) tritt die Möglichkeit zur Nachberufung junger Menschen nicht erst zur kommenden Kirchenvorstandswahl 2024 in Kraft, sondern bereits zum 1. Juni 2022. Diese Regelung sowie die Herabsetzung des Mindestalters für das passive Wahlrecht zogen auch das 1. Gesetz zur Änderung der Kirchenverfassung nach sich, das die Landessynode mit der notwendigen verfassungsändernden Mehrheit beschloss.

„Die biblische Antwort auf die Gewalt ist das Recht“

Landesbischof nimmt Krieg und Klimaschutz in den Blick

„Krieg ist das größte Unheil der Gewalt, zu der der Mensch fähig ist. Dass der zu Vernunft und Freiheit begnadete Mensch seine eigenen Artgenossen mordet, ohne Moral und Gesetz, dieser Einbruch wirft uns in grundsätzliche Fragen.“ Mit Blick auf den Krieg Russlands in der Ukraine widmete Landesbischof Ralf Meister (Foto) dem Bösen den ersten Teil seines Berichtes vor der Landessynode. Anhand der biblischen Erzählungen von Kain und Abel und von der Sintflut leitete er den Schluss her, dass Gewalt niemals durch Gewalt zu überwinden sei – Gott selbst habe das lernen müssen: „Er scheitert, selbst er – er tappt in die Falle, Gewalt mit Gewalt besiegen zu wollen.“

„Die gesamte Geschichte der Bibel ist eine Gegengeschichte gegen die Gewalt“, so Meister. „Ihre Weisungen und Modelle zur Überwindung von Gewalt lassen dabei zugleich die Wurzeln von Gewalt erkennen.“ Konkurrenz, Unsicherheit und Ruhmsucht – diese drei Faktoren seien es, die Gewalt entstehen ließen, zitierte der Landesbischof den englischen Philosophen und Staatstheoretiker Thomas Hobbes. Die Antwort Gottes auf die im Menschen angelegte Bereitschaft zur Gewalt sei der Schutz menschlichen Lebens durch das Recht.

Im Rahmen der weiten evangelischen Perspektive auf den Krieg, die Waffenlieferungen ebenso einschließe wie das Festhalten am Pazifismus, formulierte Meister vier Grundprinzipien: „Erste Pflicht ist die Hilfe und Solidarität mit den Opfern. Wer Frieden will, muss den Frieden vorbereiten. Gerechter Friede ist Ziel und Maßstab. Ohne nachhaltige Entwicklung gibt es keinen Frieden.“

In der Betrachtung der Auswirkungen des Krieges ging Meister auf drei Aspekte ein: die Lage in den Kindertagesstätten und in den kirchlichen Schulen sowie die ökumenische Diskussion. „Wir als verfasste Kirche sind mit dem Handeln des Landes absolut nicht zufrieden“, stellte der Landesbischof

fest. Er forderte das Land Niedersachsen auf, in eine pauschalierte Mitfinanzierung von Betreuungsangeboten für Kinder außerhalb der Kitas und flankierende Maßnahmen, z.B. zur Traumaverarbeitung, einzutreten; darüber hinaus die Träger*innen von Kindertagesstätten in die Planungen für das kommende Kita-Jahr einzubeziehen.

Für die Schulen in kirchlicher Trägerschaft gebe es erste erfreuliche Signale aus dem Kultusministerium, den Einsatz ukrainischer Lehrkräfte zu fördern.

Mit Blick auf die Ökumene erwartet Meister innerhalb des Ökumenischen Rates der Kirchen, dem weltweit 352 Kirchen angehören und der 2022 seine Vollversammlung in Karlsruhe abhält, einen enormen Konflikt aufgrund der Haltung der Russisch-orthodoxen Kirche zum Krieg in der Ukraine. „Die Rolle des Patriarchen Kyrill ist mit Worten der Höflichkeit kaum zu beschreiben“, so der Landesbischof. „Er rechtfertigt den Krieg mit absurden religiös-mystischen Erzählungen.“

Neben dem Thema „Krieg und Frieden“ widmete Meister auch der Bewahrung der Schöpfung einen Teil seines Berichtes: „Gottes Beziehung zur Schöpfung ist ein eigener Wert, in dem der Mensch nur einen Teil einnimmt.“ Mit Blick auf den kirchlichen Klimaschutz redete Meister Klartext: „Für die Zeitschiene können wir uns nur schämen.“ Er regte mehrere Stränge nebeneinander an: einerseits langfristig geplante und von der Landeskirche organisierte Beteiligungsprozesse, parallel dazu aber auch radikal vereinfachte Beantragungen und Abwicklungen für Klimaschutz-Sondermittel, die die vielen Vor-Ort-Initiativen unbürokratisch



und schnell stärken sollen.

Die Aussprache zum Bischofsbericht wurde mit der Aussprache zum Bericht des Landeskirchenamtes zum Klimaschutz zusammengefasst.

Drei Hallelujas

Wie regelmäßig in den vergangenen Jahren sprach Ralf Meister auch in diesem Bericht wieder drei Hallelujas als besondere Anerkennung aus. Das erste geht nach Bad Sachsa zu Kirchenvorsteher Hans Christian Metzger, der mit Leidenschaft und großer Expertise den landeskirchlichen Maßnahmen zur Nachhaltigkeit weit voraus ist.

Das zweite Halleluja geht an alle ehrenamtlich und beruflich Tätigen in der Bahnhofsmision, die als „gelebte Kirche am Bahnhof“ für Reisende da sind – gratis, ohne Anmeldung, zu Uhrzeiten, wenn andere Hilfe nicht erreichbar ist, unbürokratisch und verschwiegen.

Das dritte Halleluja sendete Meister an die landeskirchliche Corona-Taskforce, die mit unzähligen Online-Meetings, E-Mails und Dokumenten zwei Jahre lang versuchte, „eine Schneise durch den Corona-Verordnungsdschungel zu schlagen“ und damit eine große Hilfe für Kirchenkreise, -gemeinden und Einrichtungen war.

Die Klimaschutzbilanz ist ernüchternd

Anträge aus der Landessynode forcieren schnelles Handeln

Mit mehreren ergänzenden Anträgen reagierte die Landessynode auf das Aktenstück Nr. 33 A zum Klimaschutz in der hannoverschen Landeskirche, das Dr. Stephanie Springer, Präsidentin des Landeskirchenamtes (LKA), einbrachte.

„Im Herbst 2021 musste festgestellt werden, dass die bisherigen Beschlüsse der Landeskirche zur Umsetzung der Klimaschutzziele und insbesondere zum Erfassen von Treibhausgasemissionen an vielen Stellen bisher nicht umgesetzt wurden“, heißt es im Aktenstück. „Das Landeskirchenamt entschied daher, dass eine interne Projektgruppe bis zum April 2022 erste Ideen zur Entwicklung eines Arbeits- und Maßnahmenprogramms entwirft, welches mithilfe verbindlicher Regelungen das gesetzliche Ziel der Treibhausgasneutralität für die Landeskirche bis zum Jahr 2045 anstrebt.“

Über diese ernüchternde Bilanz hinaus wies Springer darauf hin, dass die EKD alle Landeskirchen aufgefordert habe, bis November 2022 eine datenbasierte Roadmap zum Erreichen der CO₂-Neutralität bis 2030 vorzulegen. „Wir handeln aktuell in selbstverschuldeter Ahnungslosigkeit“, stellte die LKA-Präsidentin dazu fest. „Wir erheben keine Daten, wir wissen nichts über unsere CO₂-Emissionen und vermuten nur, dass wir weit davon entfernt sind, die Richtwerte zu erreichen.“ Die notwendige Breitenwirkung sei mit den bislang ergriffenen Maßnahmen nicht erreicht worden, obwohl viel Geld aufgewendet worden sei. Vielfalt und Erfolg zahlreicher Einzelprojekte auf Kirchenkreis- und -gemeindeebene hingegen seien berührend; sie sollten auch weiterhin unterstützt werden.

Springer betonte, dass ein integriertes Energiemanagement nichts Zusätzliches, kein On Top sei, sondern ein Querschnittsthema für alle Arbeits-



Die landeskirchlichen Bemühungen zum Klimaschutz seien nicht ausreichend, betonte Dr. Bettina Siegmund.

bereiche der Landeskirche. Sie warb für eine rechtsverbindliche Datenerhebung zum Energiemanagement in kirchlichen Gebäuden.

Dr. Bettina Siegmund (Sprengel Ostfriesland-Ems), Vorsitzende des Umwelt- und Bauausschusses, reagierte mit Anerkennung und Kritik: Erstmals sei im Landeskirchenamt abteilungsübergreifend zur Thematik gearbeitet worden, allerdings seien die Bemühungen nicht ausreichend. Auch die für viele Maßnahmen vorgesehene Rechtsverbindlichkeit stellte sie infrage: „Ist das der neue Weg gegenüber der bisher vertretenen Überzeugungsarbeit und nötigen Akzeptanz? So geht es nicht, da werden Erinnerungen an die Fünf-Jahres-Pläne in der DDR wach.“ Siegmund plädierte dafür, die Rechtsverbindlichkeit nur dort einzuführen, wo sie praxistauglich und von erkennbarer Sinnhaftigkeit sei; parallel aber auf einen breiten Beteiligungsprozess und die vor Ort vorhandene Expertise zu setzen.

„Warum nicht auch mal ein bisschen ziviler Ungehorsam?“, fragte Gabriele Furche (Sprengel Stade), und erklärte, sie sei dagegen, einen Datenfriedhof anzulegen und die Kirchen-

ämter mit einer Art Wächterfunktion gegenüber den Kirchengemeinden zu beauftragen. Furche schlug stattdessen vor, die Kirchengemeinden selbst mit der Datenerfassung zum Energieverbrauch ihrer Gebäude zu betrauen, Denkmalschutzbedenken gegenüber Photovoltaik auf Kirchendächern wo immer möglich zurückzustellen und die Beantragung von Fördermitteln massiv zu vereinfachen. Die Landessynode überwies den entsprechenden Antrag zur Beratung in den Umwelt- und Bauausschuss und den Finanzausschuss. Auch einen von Antonia Potempa (Sprengel Lüneburg) eingebrachten und von Silke Kahmann (Sprengel Ostfriesland-Ems) ergänzten Antrag beschlossen die Synodalen: Versuchsweise werden bei den beiden kommenden Tagungen der Landessynode eine ausschließlich vegetarische Kost sowie die Möglichkeit zur Auswahl von veganen Gerichten angeboten. Auf Antrag von Marie Kleinhans (Sprengel Hildesheim-Göttingen) wurde das LKA zudem aufgefordert, die Voraussetzungen zur Installation von Photovoltaik auf Kirchendächern zu prüfen und mit verschiedenen Maßnahmen zu unterstützen.

Antje Niewisch-Lennartz (Sprengel Hannover) wünschte sich eine Ermöglichungskultur, die auch mal locker lässt und vertraut – was Dr. Bettina Siegmund zu der Bemerkung veranlasste, Kirche sei ein Ort der Wunder. „Eine Amtsleitung, die zu zivilem Ungehorsam aufruft, eine Juristin, die sagt ‚lass mal locker‘ – wunderbar, wenn wir das alles so hinbekommen würden.“

Das Aktenstück Nr. 33 A wurde zur weiteren Beratung in den Umwelt- und Bauausschuss überwiesen, der auch gebeten wurde, der Landessynode im November 2022 zum Stand der Umsetzung zu berichten.

Nachdenken über unsere Glaubenswahrheiten

Gutachten bringt mehr Klarheit für Christlichen Religionsunterricht

„Aufklärender Religionsunterricht ist das einzige, was hilft gegen religiösen Fundamentalismus und gegen die Verklammerung von Religion und Staat wie in Russland“, betonte Oberlandeskirchenrätin Dr. Kerstin Gäfgen-Track vor der Landessynode. Die Leiterin der Bildungsabteilung im Landeskirchenamt und Bevollmächtigte für Bildung und Theologie der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen berichtete zum Stand der Verhandlungen über einen Christlichen Religionsunterricht (CRU) in Niedersachsen und brachte dazu das Aktenstück Nr. 50 A ein.

Im Mai 2021 hatten die evangelischen und katholischen Schulreferent*innen die Verhandlungen über den Weg hin zu einem solchen konfessionsübergreifenden Unterricht aufgenommen; seither habe sie so viele theologische Grundsatzgespräche wie nie zuvor geführt, berichtete Gäfgen-Track. Wenige Tage vor der Tagung der Landessynode war auch ein Rechtsgut-

achten veröffentlicht worden, das die Verfassungsmäßigkeit eines solchen Unterrichts bestätigte. Dieses Gutachten sei sehr hilfreich, so Gäfgen-Track; damit sei klar festgestellt worden, dass es nicht um eine Phase der Kooperation zur Erteilung des Unterrichts gehe, sondern die Kirchen in gemeinsamer Verantwortung vorgeschaltet seien. Klar sei auch, dass das Christentum in seiner konfessionellen Differenziertheit im Unterricht deutlich zur Sprache kommen müsse – auch wenn die Gemeinsamkeiten der Ausgangspunkt für den CRU seien.

Was genau sind eigentlich die Glaubenswahrheiten im 21. Jahrhundert? Und wie können wir sie so vermitteln, dass sie verstanden werden? Diese Fragen seien die zentralen, erklärte Gäfgen-Track; um sie zu klären, sei das Nachdenken über das jeweilige Bekenntnis der lutherischen, der katholischen und der reformierten Kirche notwendig. Wichtig sei darüber hinaus, dass der bekennnisgebundene CRU offen für alle Schüler*innen bleiben und auch religionskundliche ebenso wie allgemein lebenskundliche Fragen thematisieren könne.

Johanna Schröder (Sprengel Stade), Vorsitzende des Bildungsausschusses, stellte fest, schon das Wort „Christlicher Religionsunterricht“ sei ein Fortschritt gegenüber dem immer wieder erklärungsbedürftigen Begriff „Kooperativer Religionsunterricht“ und eine folgerichtige Weiterentwicklung. Auf ihren Antrag hin empfahlen die Synodalen dem Landeskirchenamt, den eingeschlagenen Weg weiterzugehen und überwiesen das Aktenstück Nr. 50 A zur weiteren Beratung in den Bildungsausschuss sowie auf Anregung von Dr. Martin Krarup (Sprengel Stade) auch in den Ausschuss für Theologie und Kirche.

Merle Garbade (Sprengel Stade) bedauerte es, dass Religionslehrkräfte in der Landeskirche oft im Hintergrund blieben. „Diese Lehrkräfte gestalten Gegenwart und Zukunft unseres kirchlichen Lebens in hohem Maße“, betonte sie und forderte, ihnen von Seiten der Landeskirche mehr Unterstützung zukommen zu lassen. Dazu könne auch gehören, mit der sogenannten Vokation, also der kirchlichen Berufung in den Dienst als Religionslehrer*in, mehr Wertschätzung zu verbinden, vergleichbar etwa der Ordination von Pastor*innen oder der Einsegnung von Diakon*innen. Die Landessynode folgte einem entsprechenden Antrag Garbades, diese Vorhaben im Bildungsausschuss und in der Geschäftsstelle der Konföderation prüfen zu lassen.

„Ein wichtiges Wort“

„Im Prinzip wird hier nur ein Wort verändert – aber das ist ein wichtiges Wort“, stellte Antje Niewisch-Lennartz (Sprengel Hannover) fest. Die Vorsitzende des Rechtsausschusses brachte damit ihren Bericht zum Aktenstück Nr. 52 ein, das die Veränderung der Vereinbarung über die Kirchenmitgliedschaft in besonderen Fällen zum Inhalt hat.

Die Veränderung, die die Gliedkirchen der EKD gleichermaßen betrifft, regelt das Verfahren zur Aufnahme in eine Kirchengemeinde einer anderen Gliedkirche. Musste die Kirchengemeinde des Wohnsitzes bislang zum Antrag eines Kirchenmitgliedes auf Aufnahme in eine Gemeinde einer anderen Gliedkirche angehört werden, lautet der entsprechende Artikel im Gesetz nun: „Die Kirchengemeinde des Wohnsitzes wird über den Antragseingang unverzüglich informiert“.

„Das ist eine winzige, aber wichtige Änderung“, erklärte Niewisch-Lennartz und bat um Zustimmung. Die Landessynode folgte ihrem Votum.



Merle Garbade regte mehr Wertschätzung und Unterstützung für Religionslehrkräfte an.

„Das wäre ein Paradigmenwechsel“ „Subjektorientierung“ für die Konfi-Arbeit

„Ein Erfolgsmodell mit Optimierungsmöglichkeiten“ – so beschrieb Oberkirchenrätin Isabell Schulz-Grave der Landessynode die Konfirmand*innenarbeit. Sie brachte das Aktenstück Nr. 60 und damit den Bericht einer Arbeitsgruppe ein, die die Landessynode im Frühjahr 2019 eingesetzt hatte. Aufgabe der Gruppe war es, Vorschläge zur didaktisch-methodischen Weiterentwicklung der Arbeit zu machen, Unterstützungsformate für Kirchenkreise und -gemeinden zu entwickeln und die Schnittstelle zur Jugendarbeit in den Blick zu nehmen. An der Arbeit beteiligt waren unter anderem die Synodalen Christian Berndt, Bernd Rossi und Johanna Schröder.

Drei zentrale Aspekte habe die Gruppe herausgearbeitet, berichtete Schulz-Grave: die Subjektorientierung der Konfirmand*innenarbeit und ihrer Inhalte, die Verbindung der Arbeit mit dem Gottesdienst und einheitliche Qualitätskriterien. Das Aktenstück Nr. 60 regt an, in der Arbeit mit Konfirmand*innen deren Initiative zu befördern, reflexive Prozesse der Selbst-

ermächtigung zu initiieren und die Schnittstellen zu religiösen Bildungsbiografien in den Blick zu nehmen. Es stellt Orientierungshilfen zur Gestaltung der Konfirmand*innenarbeit in der Kirchengemeinde zur Verfügung und bietet eine Musterordnung an.

Auf Antrag des Jugendausschussvorsitzenden Christian Berndt (Sprengel Lüneburg) wurde das Aktenstück zur weiteren Bearbeitung an den Bildungsausschuss und ergänzend an den Ausschuss für Theologie und Kirche überwiesen. Hier soll insbesondere der Aspekt „Konfirmand*innen und Abendmahl“ bearbeitet werden. Berndt regte an, die Verpflichtung zum Gottesdienstbesuch umzukehren: Kirchengemeinden oder Regionen sollten verpflichtet werden, regelmäßig für Jugendliche attraktive Gottesdienste anzubieten: „Das wäre ein Paradigmenwechsel.“

Roger Cericius (Sprengel Hannover) bat darum, Kirchengemeinden in der Umsetzung der Vorschläge aus der Arbeitsgruppe zu unterstützen und all diejenigen, die die Umsetzung ablehnten, ihr Nein erklären zu lassen.

Großer Bedarf

Das Förderprogramm „Attraktives Gemeindebüro“ trifft auf einen großen Bedarf und wird gut nachgefragt – das teilte Oberkirchenrätin Elke Schölper in ihrem Zwischenbericht zu dem Programm mit. Drei Viertel der für 2022 zur Verfügung stehenden Fördermittel in Höhe von einer Million Euro seien bereits vergeben; das letzte Viertel wird in bereits gestellte und zwischenzeitlich nachgebesserte Anträge fließen.

Das Förderprogramm soll der Überlastung von Kirchenvorständen und Pfarrämtern durch Verwaltungsaufgaben entgegenwirken. Zu diesem Zweck sieht es verschiedene Modelle vor, in denen Stellenanteile zu einem gemeinsamen Büro für mehrere Gemeinden gebündelt oder die Aufgaben einzelner Gemeindegemeinschaften aufgewertet und damit attraktiver gemacht werden. Dr. Johannes Keymling (Sprengel Hannover) bezeichnete die geförderte Zusammenarbeit als modellhaft: „Auch an anderen Stellen sollte so vorgegangen werden.“ Auf Antrag von Andreas Hannemann (Sprengel Stade) erging ein Prüfauftrag zur Bereitstellung weiterer Fördermittel an verschiedene Ausschüsse.

„Das ist der Schritt in die Neuzeit“

Vereinfachungen für Jahresabschlüsse treten im Juni in Kraft

In vielen Kirchenkreisen, -gemeinden und Kirchenämtern dürfte nach dieser Entscheidung ein Aufatmen zu hören sein: Die Landessynode beschloss das Kirchengesetz zur Erleichterung der Aufstellung und Prüfung von Jahresabschlüssen für die Jahre 2010 bis 2021. Das Gesetz tritt damit zum 1. Juni 2022 in Kraft.

Marie-Luise Brümmer (Sprengel Hannover), Vorsitzende des Finanzausschusses, brachte ihren Bericht zum Aktenstück Nr. 56 ein, das im Wesentlichen von diesem Ausschuss initiiert worden war. Ziel seien ein schneller Schlussstrich nach der mittlerweile zehn Jahre andauernden Phase der

kirchlichen Haushaltsumstellung auf die sogenannte Doppik, also die Anwendung privatwirtschaftlicher Haushaltsprinzipien. „Das ist der Schritt in die Neuzeit“, so Brümmer.

Für die durch die Kirchenämter verwalteten Rechtsträger, also insbesondere die Kirchengemeinden, würden Jahresabschlüsse spätestens seit Einführung der Doppik zum Teil mit einer erheblichen Verzögerung aufgestellt, heißt es im Aktenstück Nr. 56. Für das Ziel, flächendeckend zeitnah aktuelle und geprüfte Jahresabschlüsse zu erreichen, fehlten sowohl in den Kirchenämtern, als auch auf Seiten

der Rechnungsprüfung ausreichende Kapazitäten, um die in den vergangenen Jahren nicht erledigten Abschlüsse aufzuholen. Das vorgelegte Kirchengesetz beinhaltet eine verpflichtende Vereinfachung für die Erstellung und Prüfung der Jahresabschlüsse, sodass die zuständigen Gremien zeitnah aktuelle Abschlüsse erhielten und ihre Körperschaften damit besser auf kommende rechtliche Veränderungen, insbesondere die Einführung der Umsatzsteuer, vorbereitet seien. Die im Gesetzentwurf aufgeführten Vereinfachungen seien in anderen Landeskirchen bereits erfolgreich zum Einsatz gekommen.

Neues Konzept für den „Fonds Missionarische Chancen“ „I:MA“ soll zum Forschungsprojekt in der Kirche werden

Seit Herbst 2015 fördert der „Fonds Missionarische Chancen“ (FMC) Projekte, die besondere missionarische Ansätze verfolgen, die Kirchenmitgliedschaft stärken und Menschen zur Mitarbeit einladen. Mehr als 50 Projekte in Kirchengemeinden, Kirchenkreisen und Werken innerhalb der Landeskirche wurden seither gefördert. Es gebe jedoch auch Verbesserungspotenzial, erklärte Dr. Jörg Zimmermann (Sprengel Lüneburg), Vorsitzender des

Ausschusses für Mission und Ökumene, in seinem Bericht zur Weiterentwicklung des Fonds. So habe es nach dem Auslaufen der Projektförderung oft an einer nachhaltigen Wirkung gefehlt, aufgrund fehlender Ressourcen sei es häufig nicht möglich gewesen, ein Netzwerk aufzubauen und schließlich müsse auch die Evaluation gestärkt werden.

Zimmermann legte der Landessynode mit dem Aktenstück Nr. 54 A ein weiterentwickeltes Konzept für die zukünftige Arbeit vor, das vom Vergabeausschuss des FMC und dem Ausschuss für Mission und Ökumene entwickelt worden war. Neu ist auch der Name, den der bisherige FMC zukünftig tragen wird: Er wird zur „Initiative: Missionarische Aufbrüche“, abgekürzt I:MA.

Um die neue Zielsetzung zu erreichen, sollen pro Haushaltsjahr 650.000 Euro

eingesetzt werden; mit diesem Geld werden nicht mehr Projekte, sondern Initiativen gefördert, die missionarisch, ökumenisch und nachhaltig gestaltet werden sollen. „Mit der I:MA wollen wir die Transformation in kleinen Schritten voranbringen und aus Fehlern lernen“, so Zimmermann. Geschehen soll dies dezentral und unter Nutzung des großen Erfahrungsschatzes in Kirchenkreisen und -gemeinden. „Ich bin überzeugt, dass die I:MA ein Erfolgsprojekt wird“, schloss Zimmermann.

Bernd Rossi (Sprengel Hildesheim-Göttingen) forderte Transparenz im Vergabeverfahren und in der Evaluation der geförderten Initiativen ein, um aus Gelungenem und Fehlern zu lernen – die I:MA müsse sich zu einem Forschungsprojekt innerhalb der Kirche entwickeln.

Die Landessynode bat darum, die notwendigen Mittel in die landeskirchlichen Haushalte der Jahre 2023 und 2024 einzustellen. Insgesamt soll die Initiative eine Laufzeit von sechs Jahren haben; auf Antrag von Jörn Surborg (Sprengel Hildesheim-Göttingen) soll spätestens 2026 geprüft werden, wie sie in den Zukunftsprozess der Landeskirche eingebunden werden kann.



Dr. Jörg Zimmermann stellte der Landessynode das Konzept der neu aufgestellten I:MA vor.

Positive Rückmeldungen zum Baufachzentrum Aurich

Nicht ohne Grund zitierte Oberlandeskirchenrat Adalbert Schmidt aus der Bauabteilung des Landeskirchenamtes zum Einstieg Zeilen aus dem Gedicht „Über die Geduld“ von Rainer Maria Rilke. In einem Zwischenbericht informierte er die Landessynode gemeinsam mit Baudirektor Werner Lemke über den Stand der Neustrukturierung der kirchlichen Baufachverwaltung – ein Thema, das die Landeskirche auf verschiedenen Ebenen seit 2007 beschäftigt. 2018 hatte die Landessynode beschlossen, die Bauverwaltung für kirchliche Gebäude – Kirchen und Kapellen ebenso

wie Pfarrhäuser und Kindertagesstätten, versuchsweise in einzelnen regionalen Baufachzentren zu bündeln und deren Arbeit mit Blick auf Effizienz, Strukturen und Abläufe sowie die Zufriedenheit der Kirchengemeinden mit der Zusammenarbeit zu evaluieren.

Baudirektor Lemke berichtete beispielhaft aus dem Baufachzentrum Aurich, zu dem es überwiegend positive Rückmeldungen gebe. Dennoch: „Wir müssen unseren Bestand von aktuell rund 8.000 Gebäuden reduzieren“, erklärte Schmidt. Zurzeit baue sich ein Unterhaltungstau auf, der aufgrund fehlender

personeller und finanzieller Ressourcen kaum bewältigt werden könne.

Für November kündigte Schmidt den Abschlussbericht zur Probephase der Baufachzentren an; aktuell gebe es schon Überlegungen, das Modell auf Ostfriesland auszurollen. Dr. Bettina Siegmund (Sprengel Ostfriesland-Ems), Vorsitzende des Umweltschusses, zeigte sich erleichtert, da sich bereits andeute, dass mit den Baufachzentren ein gutes, flexibles und funktionierendes System gefunden worden sei. Der Ausschuss werde die Entwicklung weiterhin begleiten.

Freude über „#Gottesgeschenk“



Mit einem weiß-roten Waschlappen „Gottesgeschenk. Ich bin getauft“ beschenkte Landesbischof Ralf Meister (2. von links) die Mitglieder der Landessynode und das Präsidium, unter ihnen Präsident Dr. Matthias Kannengießer (links) und Vizepräsidentin Wencke Breyer (rechts). Meister brachte mit diesem Geschenk seine Freude über die Taufaktion „#Gottesgeschenk“ der Landeskirche zum Ausdruck und wies auf die für Tauffeste bereit gestellte finanzielle Förderung und das begleitende Material hin. Die Synodalen bat er um Werbung für die Aktion.

„Ein deutlicher Fortschritt“

Synodale begrüßen neue Kirchenkreisordnung

Nach einem breiten Beteiligungsverfahren mit insgesamt 359 Stellungnahmen von kirchlichen Körperschaften und Einzelpersonen brachte Dr. Rainer Mainusch, juristischer Vizepräsident des Landeskirchenamtes, den Entwurf für eine Neufassung der Kirchenkreisordnung (KKO) in Form des Aktenstückes Nr. 59 in die Landessynode ein. Ausgangspunkt seien die sich verändernden Lebensverhältnisse, auf die die Kirchenkreise reagieren müssten; ihnen komme im kirchlichen Transformationsprozess die entscheidende Rolle zu.

Der Entwurf sei eine rechtliche Rahmenordnung, die entsprechend den regionalen Anforderungen gestaltet werden könne, betonte Mainusch. Sie solle weniger begrenzen und mehr ermöglichen. So betont der Entwurf den Sozialraumbezug kirchlicher Arbeit, benennt die interprofessionelle Zusammenarbeit unter Mitarbeitenden, sieht verlässliche Strukturen für Kommunikation und Beteiligung vor, ermöglicht alternative Organ- und Organisationsstrukturen, ermöglicht Online-Gremien-

sitzungen und sichert die Mitwirkung junger Menschen. „Der aktuelle Entwurf ist ein deutlicher Fortschritt“, erklärte denn auch Torben Salm (Sprengel Hildesheim-Göttingen), Mitglied im Vorstand der Landesjugendkammer. Allerdings fehlten die Themen Klimaschutz und Bewahrung der Schöpfung im Entwurf; dies müsse ergänzt werden.

Dr. Bettina Siegmund (Sprengel Ostfriesland-Ems) begrüßte es, dass das neu eingeführte Kumulationswahlrecht auch Minderheiten die Chance gebe, eine Person in den Kirchenkreisvorstand zu entsenden; Henning Enge (Sprengel Osnabrück) bedauerte, dass der Verschlankung auch die regelmäßigen Gespräche der Mitarbeitenden mit dem Kirchenkreisvorstand zum Opfer gefallen seien. Birgit Spörl (Sprengel Stade) schließlich regte an, den Begriff „Ehrenamt“ für Pastor*innen in kirchlichen Gremien zu überdenken.

Die Landessynode überwies den Entwurf zur weiteren Beratung in den Planungsausschuss sowie zur Mitberatung in weitere Ausschüsse.

Kirchentag 2025

Der Deutsche Evangelische Kirchentag kehrt zum Ort seiner Gründung im Jahr 1949 zurück: Im Frühjahr 2025 soll er in Hannover stattfinden. Dr. Ralph Charbonnier, theologischer Vizepräsident des Landeskirchenamtes, erinnerte die Landessynode an die „einzigartige spirituelle Atmosphäre“, die der Kirchentag zuletzt 2005 nach Hannover gebracht hatte, und zitierte aus dessen Präambel: „Der Kirchentag will Menschen zusammenführen, die nach dem christlichen Glauben fragen.“

Charbonnier kündigte auch einen gemeinsamen Besuch von Landessynode und Jugendsynode auf dem Kirchentag an. Kurz stellte er den Synodalen auch Pastor Andreas Behr, seit März Beauftragter für den Kirchentag, vor.

Weitere Stellen für Öffentlichkeitsarbeit, Gemeindekontakte, theologisches und Kulturprogramm sowie regionale Projektarbeit werden zurzeit besetzt. Insgesamt elf Millionen Euro sollen in den landeskirchlichen Haushalten bis 2025 für den Kirchentag bereitgestellt werden; Jugendausschuss, Bildungsausschuss und der Ausschuss für Kirchenmusik und Kultur werden die Vorbereitungen begleiten.

Impressum

Herausgegeben im Auftrag der 26. Landessynode der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers von der landeskirchlichen Pressestelle, Rote Reihe 6, 30169 Hannover

Redaktion: Andrea Hesse (verantw.) unter Mitwirkung der Presse- und Öffentlichkeitsbeauftragten der Sprengel

Grafik und Satz: Andrea Hesse

Fotos: Jens Schulze

Druck: QUBUS media, Hannover



www.synode.landeskirche-hannovers.de